

Stellungnahme von ARD-aktuell zu der E-Mail von
Herrn Friedhelm Klinkhammer und Herrn Volker Bräutigam vom 30.04.2016
zu der Nicht-Berichterstattung über ein nicht-rechtskräftiges Urteil in den Niederlanden

In ihrer E-Mail vom 30.04.2016 kritisieren die Herren Klinkhammer und Bräutigam, dass ARD-aktuell nicht über ein Urteil in den Niederlanden zu Schadensersatzforderungen infolge der Zerschlagung des Yukos-Konzerns berichtet hat. Und zwar: „Im Gegensatz zum ‚Handesblatt‘ und der ‚FAZ‘, die entgegen dem Mainstream über das Urteil berichteten.“ Das Urteil laute, „dass der russische Konzern Yukos zu recht vom bösen Putin und seinen Helfern enteignet wurde“, so die Petenten.

ARD-aktuell hat sich auf diese Kritik hin das Urteil noch einmal angeschaut.



Anders als die Herren Bräutigam und Klinkhammer behaupten, hat das niederländische Gericht *keinerlei Urteil zur Rechtmäßigkeit der Enteignung des Yukos-Konzerns getroffen*. Es wäre als niederländisches Zivilgericht auch wohl kaum dazu befugt. Das Gericht hob lediglich in erster Instanz eine Entscheidung des Ständigen Internationalen Schiedshofs in Den Haag aus dem Jahr 2014 auf, die ehemaligen Yukos-Aktionären Schadenersatz zugesprochen hatte. Chodorkowski selbst gehörte übrigens nicht zu diesen Klägern.

Die Rechtmäßigkeit der Yukos-Zerschlagung war jedoch zu keinem Zeitpunkt Thema dieses neuen Gerichtsverfahrens. Nach Ansicht der Richter war vielmehr das Schiedsgericht in Bezug auf die Schadensersatzforderungen aus formalen Gründen nicht befugt zu urteilen. Das Schiedsgericht hatte sich bei seinem Spruch auf einen Energievertrag berufen, den Russland jedoch nicht ratifiziert hat. Die ehemaligen Yukos-Aktionäre erwägen, Berufung einzulegen.

Entgegen der Ansicht der Petenten hat das besagte Urteil nicht den behaupteten Inhalt und auch nicht die behauptete Tragweite. Es ging weder direkt um Chodorkowski noch um die Rolle Putins bei der Zerschlagung des Yukos-Konzerns. Zudem war es eine erstinstanzliche, nicht rechtskräftige Entscheidung.

ARD-aktuell weist deshalb den Vorwurf zurück, es sei gegen Programmrichtlinien verstoßen worden.

Dr. Kai Gniffke
24.05.2016